

150 Jahre „Öffentliche Sicherheit“

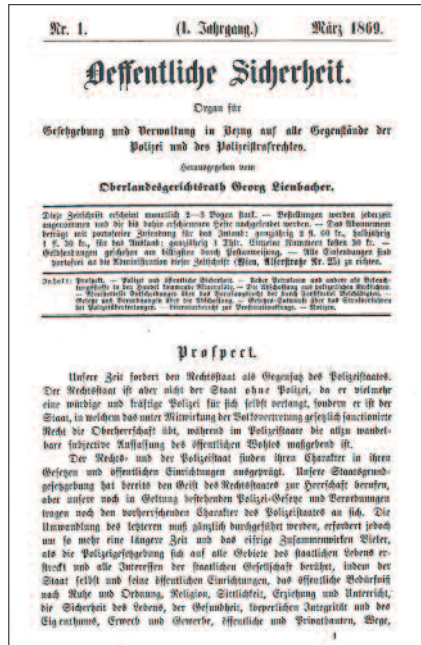
Im März 1869 erschien die erste Ausgabe der Fachzeitschrift „Öffentliche Sicherheit“. Die seit 1921 vom BMI herausgegebene Publikation ist die älteste noch bestehende Zeitschrift für innere Sicherheit.

Die Revolution 1848 wurde zwar niedergeschlagen, aber in den zwei Jahrzehnten danach wurden den Bürgern fundamentale Rechte zugesprochen. Aus dem Polizeistaat wurde zunehmend ein Rechtsstaat. Es gab auch Reformen in der inneren Sicherheit: 1849 wurde die Gendarmerie in der Monarchie gegründet und 1869 die k. k. Wiener Sicherheitswache.

1849 schlug der spätere Wiener Polizeipräsident Anton Le Monnier eine Zeitung für die k. k. Gendarmerie und Polizei vor und legte im Juli 1850 ein Konzept für eine „Allgemeine österreichische Gendarmerie- und Polizeizeitung“ vor. Das Konzept wurde nicht umgesetzt.

Erste Ausgabe. Fast zwanzig Jahre später, im März 1869, erschien mit der „Öffentlichen Sicherheit“ die erste Zeitschrift in der Monarchie für Polizeiangelegenheiten und Polizeirecht. Herausgeber war der Richter und Politiker Georg Lienbacher. Er war als Staatsanwalt tätig und ab 1859 verfasste er im Justizministerium in Wien Gesetzesvorlagen. 1865 wurde er Oberlandesgerichtsrat und 1880 Hofrat beim Obersten Gerichtshof. Ab 1870 war er Landtagsabgeordneter in Salzburg und ab 1873 Reichsratsabgeordneter. Er publizierte Fachartikel und Fachbücher, vor allem über Polizeirecht. Die monatlich erscheinende Zeitschrift „Öffentliche Sicherheit“ führte den Untertitel „Organ für Gesetzgebung und Verwaltung in Bezug auf alle Gegenstände der Polizei und des Polizeistrafrechtes“. Veröffentlicht wurden hauptsächlich Fachartikel von (Polizei-)Rechtsexperten.

Die „Öffentliche Sicherheit“ war nach der Reform der Polizei als Kommunikationsinstrument zwischen Polizei und Bürgern gedacht. Die Fachartikel befassten sich hauptsächlich mit polizeirechtlichen Angelegenheiten. Lienbacher erwähnte im Leitartikel zur ersten Ausgabe, dass der durch die Staatsgrundgesetze 1867 angebahnte Übergang vom Polizeistaat zum Rechtsstaat die Reform der Polizei im Sinne des Rechtsstaates notwendig mache und dass die öffentliche Erörterung der da-



Erste Ausgabe der Fachzeitschrift „Öffentliche Sicherheit“ (März 1869).



„Öffentliche Sicherheit“-Ausgabe vom August 1921.

mit zusammenhängenden Fragen geboten sei. Der Herausgeber forderte Verwaltungsbeamte („politische Beamte“), Polizeibeamte, Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Notare, Reichs-, Landes- und Gemeindevertreter und andere dazu Berufene auf, an der „Öffentlichen Sicherheit“ mitzuwirken. „Helfen wir –

ohne Rücksicht auf sonstige Parteistellungen – zur Erfüllung der uns allen gemeinsamen wichtigen staatlichen Aufgabe zusammen, welche in der Begründung der öffentlichen Sicherheit, der Grundbedingung jeder rechtlichen Ordnung und freien Entwicklung liegt“, schrieb Lienbacher. „Die menschliche Gesellschaft verlangt zur Erreichung ihrer hohen Zwecke Rechtsbestand und Ordnung, wofür der Staat zu sorgen, dessen Bürger einzustehen haben. Zu zeigen, wie das geschehen soll, ist Aufgabe dieser Zeitschrift.“

Nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs wurde die Zeitschrift „Öffentliche Sicherheit“ 1914 eingestellt.

Zwischenkriegszeit. Wiens Polizeipräsident Johann Schober gründete mit Zustimmung des Innen- und Unterrichtsministers Leopold Waber die Zeitschrift „Öffentliche Sicherheit“ 1921 neu. Die erste Ausgabe erschien im August 1921 – mit dem Untertitel „Polizeirundschau für die österreichische Bundes- und Gemeinde-Polizei“. Herausgeber war das Bundesministerium für Inneres und Unterricht, die Redaktion und Verwaltung befanden sich in der Polizeidirektion Wien. Die monatlich erscheinende Fachpublikation wurde mit Inseraten teilfinanziert. Verantwortlicher „Schriftleiter“ war Oskar Dreßler, Vorstand des Büros für Organisation in der Polizeidirektion Wien. Die Monatszeitschrift sollte nicht nur die Polizeiwissenschaft fördern, sondern auch die herausfordernde Tätigkeit der Polizisten darstellen sowie die Polizisten und die Bevölkerung einander näherbringen. Es sollten polizeiliche Neuerungen und Fortschritte veröffentlicht und den Polizisten jene Kenntnisse vermittelt werden, die zu einer erfolgreichen polizeilichen Tätigkeit erforderlich sind. Veröffentlicht wurden weiters neue Gesetze und Verordnungen im Polizeibereich. Eine weitere Komponente der Zeitschrift war die Veröffentlichung von Steckbriefen und Kurrenden (Zirkulare), um Fahndungen und Informationen über unaufgeklärte Straftaten einem größeren Personenkreis zugänglich zu machen.

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Österreich im Jahr 1938 wurde die Herausgabe der „Öffentlichen Sicherheit“ eingestellt.

Neustart 1954. Innenminister Oskar Helmer ordnete 1953 an, die Zeitschrift „Öffentliche Sicherheit“ zu reaktivieren. Im Dezember 1953 erschien die „Öffentliche Sicherheit“ (als Jänner-Ausgabe 1954) wieder, mit dem Untertitel „Illustrierte Monats-Rundschau“, herausgegeben von der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit. Hergestellt wurde die Zeitschrift von der „Österreichischen Staatsdruckerei“. Die Publikation konnte von jedermann gekauft bzw. abonniert werden. Verantwortlich für die Vorbereitung und Herausgabe war Ministerialrat Alexander Inngraf. Er war auch Chefredakteur der ersten Ausgabe. Inngraf war auch literarisch tätig und im Kontakt mit den Schriftstellern Friedrich Torberg und Heimito von Doderer. Eine wesentliche Aufgabe der Zeitschrift war es, das Vertrauen zwischen Sicherheitsexekutive und Bevölkerung zu verstärken. So schrieb Innenminister Helmer in der ersten Ausgabe: „Die neue Publikation



„Öffentliche Sicherheit“-Ausgaben vom Juli 1964 und November 1979.

will – und dies ist noch viel wichtiger – entscheidend mithelfen, das Vertrauen aller Österreicher zur Exekutive zu vertiefen.“ Ferdinand Graf, Staatssekretär im BMI und ab 1956 erster Verteidigungsminister in der Zweiten Republik, schrieb, es sei „erfreulich, dass durch das Erscheinen der vorliegenden Zeitschrift ein Bindeglied zwischen Exekutive und Staatsbürger geschaffen wurde, dass eine durch die politischen Verhältnisse der vergangenen Jahre abgebrochene Tradition auf breiter Basis fortgesetzt wird und so die Möglichkeit schafft, die Arbeit der Exekutive in allen Sektoren aufzuzeigen, besondere und allgemein interessierende Probleme zu behandeln und so den Kontakt mit

dem In- und Auslande aufzunehmen und zu vertiefen.“ Auch der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Sektionschef Wilhelm Krechler, betonte die vertrauensbildende Funktion der Publikation: „Damit erhalten aber nicht nur die Sicherheitsbehörden in Österreich wieder ein Sprachrohr zur Öffentlichkeit, sondern es soll damit ein neues und allgemeinverständliches publizistisches Bindeglied zwischen Bevölkerung und Exekutive entstehen.“ Krechler erläuterte auch die anderen Funktionen: „In der Zeitschrift soll wohl zunächst die breite Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Sicherheitsbehörden Aufklärung erfahren und Einblick in die verantwortungsvolle Arbeit unserer Exekutivorgane im Dienst um Volk und Staat gewinnen. Gleichzeitig soll sie auch ein wertvoller Ratgeber für alle Kreise der Bevölkerung sein und weiteres ihre Leser über aktuelle Ereignisse informieren sowie einen Unterhaltungsteil und reiches Bildermaterial enthalten.“

In der ersten Ausgabe erschien eine Reihe von Fachbeiträgen. Deren Autoren stammten hauptsächlich aus der Bundespolizeidirektion Wien und aus der Generaldirektion für die öffentliche

INTERNATIONALE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

Interpol-Fachzeitschrift

Ab 1925 gab es eine internationale Schwesterpublikation der „Öffentlichen Sicherheit“, die „Internationale Öffentliche Sicherheit“. Nach der Gründung der „Internationalen Kriminalpolizeipolizeilichen Kommission – IKPK“, der späteren IKPO/Interpol, über Initiative von Polizeipräsident Schober 1923 in Wien, wurde Oskar Dreßler erster Sekretär (ab 1932 Generalsekretär) der IKPK. In Anlehnung an die „Öffentliche Sicherheit“ initiierte Schober ein mehrsprachiges, internationales Magazin unter der Herausgeberschaft der IKPK. Ab Jänner 1925 erschien die „International Public Safety/Internationale Öffentliche Sicherheit“ in deutscher, englischer, französischer und italienischer Sprache – als offizielles Publikationsorgan der IKPK mit Dreßler als verantwortlichem Redakteur. Die Publikation erschien zweimal im Monat. Steckbriefe der wichtigsten, von den IKPK-Mitgliedstaaten gesuchten internationalen Verbrecher wurden in der „Internationalen öffentlichen Si-

cherheit“ veröffentlicht. „Wir stehen gerade am Beginn unserer Arbeit. Unser Projekt muss organisch wachsen“, schrieb Dreßler in der ersten Ausgabe der „Internationalen Öffentlichen Sicherheit“. „Die Polizeibehörden erhalten nicht nur Informationen über Verbrecher, die von den jeweiligen Ländern gesucht werden, sondern erfahren auch sämtliche Aktivitäten aus der Welt des internationalen Verbrechers: Was er plant, welche neuen Ideen er ersonnen hat, um der Polizei zu entgehen, und dergleichen mehr. Dadurch wird die Polizei in der Lage sein, wertvolle Präventivmaßnahmen zu ergreifen.“ Dreßler rief die polizeilichen Dienststellen in den IKPK-Mitgliedsländern auf, ihm „Fotografien von gesuchten Verbrechern, vermissten Personen, gestohlenen Gegenständen und dergleichen“ zu schicken. Die Fahndung in der „Internationalen Öffentlichen Sicherheit“ war in einer Reihe von Fällen erfolgreich. So wurde Anfang 1925 in Danzig ein „gefährlicher Hoteldieb“ verhaftet, dem Diebstähle in Österreich und in anderen Ländern zur Last gelegt

worden waren. Im Jänner 1936 ließ das FBI zwei Steckbriefe flüchtiger Entführer in der „Internationalen Öffentlichen Sicherheit“ veröffentlichen.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1938 in Österreich wurde das Magazin „Internationale Öffentliche Sicherheit“ in „Internationale Kriminalpolizei“ umbenannt. Im Sommer 1940 wurde das IKPK-Sekretariat nach Berlin verlegt. Nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs bestand die Kommission zwar weiter, die Tätigkeit war aber stark eingeschränkt und kam 1945 zum Erliegen. Am 20. Februar 1945 erschien in Berlin die letzte Ausgabe der von Oskar Dreßler redigierten „Internationalen Kriminalpolizei“.

Am 3. Juni 1946 wurde die internationale kriminalpolizeiliche Organisation als „Interpol“ bei einer Konferenz in Brüssel wiedergegründet. Das Interpol-Generalsekretariat gab als Nachfolgepublikation der „Internationalen Öffentlichen Sicherheit“ die „Internationale Kriminalpolizeiliche Revue“ (IKPR) heraus – zehnmal jährlich in Englisch, Französisch und Spanisch.



Neukonzeption: „Öffentliche Sicherheit“-Ausgabe 9-10/1988.

Sicherheit. Ab der Ausgabe 2/1954 der „Öffentlichen Sicherheit“ bis Ende 1955 war Hofrat Richard Böhm Chefredakteur. Nach Kriegsende 1945 war Böhm Sicherheitsdirektor im Burgenland, im Februar 1946 wurde er Leiter des Kriegsverbrecherreferats im BMI und im Juni 1946 Polizeidirektor von Salzburg. Ab Jänner 1956 war Ministerialrat Friedrich Zeiner für den Inhalt verantwortlich; die Redaktion leitete Adolf Kretschy. 1969 wurde der Tageszeitungsjournalist Peter Zehrer, damals Pressesprecher des Innenministers Franz Soronics, Chefredakteur der „Öffentlichen Sicherheit“. Nach dem Ministerwechsel 1970 übernahm Ministerialrat Julius Ranharter die Funktion des Chefredakteurs.

Neukonzipierung 1988. Im Jahr 1987 beschloss Innenminister Karl Blecha, die Zeitschrift „Öffentliche Sicherheit“ zu modernisieren und unter einem neuen Konzept herauszugeben. Deshalb wurde die Zeitschrift im Sommer 1987 für kurze Zeit eingestellt. Für die Neukonzipierung gab es folgende Vorgaben:

- Die Zeitschrift sollte im Magazin-Format alle Themen der inneren Sicherheit und alle Tätigkeitsbereiche des BMI behandeln.
- Die Zeitschrift sollte in Form einer Public-private-Partnership für das BMI kostenfrei erscheinen (Finanzierung über Inserate).
- Die Zeitschrift sollte jedem Mitarbeiter/jeder Mitarbeiterin des Innenressorts an die Privatadresse zugestellt werden,



„Öffentliche Sicherheit“-Ausgabe Mai/Juni 2001.

damit auch die Angehörigen und andere nahestehende Personen erreicht werden können.

- Die Zeitschrift sollte Meinungsführern auf dem Gebiet der inneren Sicherheit, Medienmitarbeitern und interessierten Bürgern zugänglich sein.

Im September 1988 erschien die „Öffentliche Sicherheit“ redaktionell neu ausgelegt und in neuer Gestaltung. Chefredakteur wurde Werner Sabitzer, der für die Neukonzeptionierung der Zeitschrift verantwortlich war. Er leitete die Redaktion 30 Jahre lang.

Die erste und die zweite Ausgabe waren Doppelnummern (Nr. 9-10/88, Nr. 11-12/88). Ab 1989 gab es eine monatliche Erscheinungsweise, mit Doppelausgaben im Sommer (Nr. 7-8) und im Winter (Nr. 1-2). Die Auflage betrug 34.000, die Finanzierung der Produktion und des Vertriebs erfolgte über Inserate – in Form einer Kooperation mit dem Wiener Verlag „Herold“. Die Zeitschrift wurde an die Privatadresse der BMI-Bediensteten versandt.

Die Beiträge in der ersten Ausgabe befassten sich unter anderem mit den Themen Geisterfahrer (Titelgeschichte), Kriminalstatistik, Suchtgiftbericht, Fahndung, Identifizierung von Katastrophenopfern, Neuorganisation des Zivilschutzes, Flüchtlingswesen, Skinheads und fernöstliche Waffen.

Im Jahr 2000 kündigte der Verlag den Vertrag mit dem BMI, da er sich außer Stande sah, die gestiegenen Produktions- und Vertriebskosten über Inserate zu finanzieren. Daraufhin schloss das BMI einen Vertrag mit dem Verlag



„Öffentliche Sicherheit“-Ausgabe Juli/August 2015.

Ketterl (später *Wilhelm-Bzoch-Verlag*) ab. Die Erscheinungsweise wurde auf sechs Ausgaben im Jahr reduziert und die Auflage auf 15.000 verringert.

Nach der Polizeireform 2005 wurde die „Öffentliche Sicherheit“ als offizielles Mitarbeiter-Magazin für das gesamte Innenressort und als Informationsmedium nach außen dem Design der neuen Bundespolizei angepasst und inhaltlich erfolgte eine Modernisierung.

Hauptzielgruppe sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMI sowie der nachgeordneten Behörden und Dienststellen. Weitere Zielgruppen sind Führungskräfte von Innenministerien, Polizeibehörden und anderen Sicherheitsdienststellen im Ausland, Medienmitarbeiter, Politiker (Nationalrats-, Bundesrats- und Landtagsabgeordnete, Mitglieder der Landesregierungen, Bezirkshauptleute, Bürgermeister u. a.) sowie Meinungsführer im privaten Sicherheitsgewerbe und interessierte Bürger. Es besteht eine Abo-Möglichkeit. Die meisten Beiträge werden auch online veröffentlicht – auf der Homepage des BMI (www.bmi.gv.at/sicherheit).

Die Herausgabe erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Wilhelm-Bzoch-Verlag; die Produktions- und Vertriebskosten werden über Inserate finanziert. Zuständig für die Inseratenwerbung ist der *Wilhelm-Bzoch-Verlag*. Herausgeber ist das BMI, vertreten durch ein Herausgeber-Komitee, dem die Sektionsleiter und weitere Vertreter der fünf Sektionen angehören, sowie die Mediensprecher und Führungskräfte der für Kommunikation zuständigen Organisa-

tionseinheiten. Für die Herausgabe und Redaktion verantwortlich ist die Abteilung I/5 (Kommunikation). Autoren und Fotografen sind sowohl Mitarbeiter des BMI als auch externe Mitarbeiter (auf Honorarbasis).

Die redaktionellen Inhalte sind im Wesentlichen Berichte, Reportagen, Interviews, Meldungen und sonstige Beiträge über alle Bereiche der inneren Sicherheit und ähnliche Themen sowie über alle Aufgabenbereiche des BMI. Die Themen sind – mit wenigen Ausnahmen – auf den Bereich innere Sicherheit beschränkt. Das Heft ist in fünf Thementeile gegliedert („Österreich“, „Ausland“, „Inneres“, „(Polizei-)Recht“ und „Sicherheit/Technik“). Jeder Thementeil (außer „Recht“) wird mit einer oder mehreren Einstiegseiten mit Kurzberichten („Kleinteiliges“) eingeleitet.

Seit dem Frühjahr 2018 leitet Siebert Lattacher die Redaktion „Öffentliche Sicherheit“. Er war davor jahrelang stellvertretender Chefredakteur.

Funktionen. In den 150 Jahren ihres Bestehens hatte die Zeitschrift „Öffentliche Sicherheit“ drei grundsätzliche Funktionen:

- Die „Öffentliche Sicherheit“ ist ein Bindeglied zwischen Polizei und Bevölkerung. Die Bevölkerung soll über die Tätigkeit der Polizei und Sicherheitsverwaltung informiert werden.
- Die Publikation soll mit Fach- und Hintergrundbeiträgen als Informations- und Wissensmedium für alle Sicherheitsbediensteten dienen.
- Mit der Herausgabe der Zeitschrift soll das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei verstärkt werden. Außerdem soll für Transparenz der Polizei bzw. des BMI gesorgt werden.

Trotz der schnellen elektronischen Kommunikationsmittel ist die Zeitschrift „Öffentliche Sicherheit“ als Printmedium nach wie vor ein wesentliches Medium für die interne und externe Kommunikation – vor allem in der Rolle als Lieferant von Hintergrundinformationen über alle Themen der inneren Sicherheit und über die Tätigkeitsfelder des BMI. Die Zeitschrift liefert Informationen aus dem Innenressort, bringt Hintergrundberichte zu aktuellen Themen der inneren Sicherheit und vermittelt Zusammenhänge. Die „Öffentliche Sicherheit“ ist auch ein wesentliches Informationsmedium für ausländische Polizeiorganisationen, Sicherheitsbehörden und Polizeiführungskräfte.